

Erscheint täglich außer Sonntags.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenspreis: Die einseitige Nonpareilzeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 336. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

Anflage gegen Alfons XIII.

Ein Gehilfe des Diktators beschuldigt den König

Madrid, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Joaquin Salvatella, der Unterrichtsminister wurde als Primo de Rivera die Regierung ergriff, hatte vor einiger Zeit eine Botschaft an den König gesandt, deren Veröffentlichung von der Zensur verboten wurde. Man erfuhr jedoch, daß Salvatella vor ein Kriegsgericht gestellt wurde, dessen Urteil aber erst veröffentlicht werden soll, wenn die letzte Instanz entschieden haben wird.

Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich, daß Salvatella den König anklagt, der Urheber des Staatsstreichs Primo de Rivera zu sein und die Diktatur Primo de Riveras ausgerichtet zu haben. Salvatella erbringt gleichzeitig die Beweise für seine Behauptung und erklärt, daß die Beilegung des Parlements und die Verletzung der Verfassung unausbleibliche Folgen für die Monarchie in Spanien haben müsse.

Die Monarchisten verlassen den König.

Paris, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Wie Havas aus Madrid berichtet, gehen in Spanien wieder die heftigsten Gerüchte über die Erziehung einer neuen Diktatur um. Als Vorwand für diesen Gewaltstreich werde die Notwendigkeit angesehen, einen energiegeloheren Kampf gegen die Revolutionäre einzuleiten. Zum Diktator habe man zunächst einen bekannten General ausgesucht, der sich in Marokko ausgezeichnet habe, dieser habe es jedoch abgelehnt, sich darauf einzulassen. Ein dem königlichen Hof nahestehendes Blatt, die „Informaciones“, behauptet, daß der König sich zu diesen Diktaturabsichten bereitgefunden habe, weil er glaube, daß die monarchistische Partei in Spanien als zu große Mitleidigkeit zeige.

Erdbeben in Mexiko.

Schwere Schäden. — Zahl der Opfer noch unbekannt.

New York, 15. Januar.

Nach einer Meldung der „Associated Press“ aus Mexiko-Stadt ereignete sich dort am Mittwoch ein starkes Erdbeben von mehr als zwei Minuten Dauer, das unter der Bevölkerung eine Panik hervorrief. Die Einwohner verließen eiligst ihre Wohnungen, da sie den Einsturz der Häuser befürchteten. Zur Zeit des Erdbebens war ein eigenartiges gelbes Licht am Himmel zu beobachten, aus dem leuchtende Blitze hervorbrachen. Die gelbliche Beleuchtung der Atmosphäre hielt noch über eine Stunde an. Das Erdbeben war von Wolkenbrüchen begleitet. Dem ersten heftigen Erdstoß folgten während fünf Minuten kleinere Stöße. Viele Gebäude wurden durch Risse beschädigt; alle von den Spaniern erbaute Brunnen versiegten. Einige Denkmäler sind von den Sockeln gestürzt.

Nach den letzten Berichten wird das Beben als das schwerste bezeichnet, das man seit jenem großen Beben im Juni 1911, bei dem in 41 Städten über 2000 Menschen umkamen, erlebt hat. Das Epizentrum des Bebens war in der Stadt Matamorosa, südöstlich von Mexiko-Stadt, im Staate Puebla. Der Seismograph in Mexiko-Stadt verlor, nachdem er das Beben vier Minuten lang aufgezeichnet hatte. Es scheint, als ob das Erdbeben den Rio Panuco entlang gelaufen ist.

Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt. Bisher sind ein Toter und vier Verletzte gemeldet. In Mexiko-Stadt brachen an mehreren Stellen Brände aus. In Toluca stießen eine Anzahl Bohnwagen zusammen.

Der Konflikt im oberschlesischen Bergbau

Heute Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium.

Die Nachverhandlungen im Lohnkonflikt der oberschlesischen Bergbauindustrie werden heute vormittag im Reichsarbeitsministerium fortgesetzt. Die Gewerkschaften haben den am Dienstagabend in der Lohnfrage gefällten Schlichterspruch abgelehnt. Der Schlichterspruch über den Mantelvertragsvertrag, der für die Bergarbeiter noch einige Verbesserungen bringt, wurde angenommen.

Volkspartei greift Dietrich an

Er soll die Sozialausgaben senken

In der allgemeinen finanzpolitischen Aussprache, die heute im Haushaltsausschuß des Reichstags durchgeführt wurde, hielt der volksparteiliche Abg. Dr. Cremer zu Beginn eine lange Rede, in der er sich wiederholt sehr scharf gegen die Regierung wandte. Er erklärte einleitend, die Rede des Reichsfinanzministers hätte ihn und seine Freunde aufs höchste befreudet, und er halte es für durchaus falsch, daß Dr. Dietrich

weitere Mühe am Haushalt davon abhängig machen, daß im Plenum in klarer gesetzgeberischer Form die Einsparung des eventuellen Fehlbetrages, von dem der Minister gesprochen habe, auf der Ausgabenseite erfolge. Es werde auch notwendig sein, daß der Minister Aufklärung gibt über die von ihm in Süddeutschland entwickelten Pläne bezüglich einer Einschränkung der Arbeitslosigkeit. Ist es wahr, daß der Plan bestehe, pro Kopf eines neu einzustellenden Arbeiter im betreffenden Betrieb tausend Mark Zuschuß zu zahlen unter der Verpflichtung, daß der Arbeiter mindestens ein Jahr beschäftigt werde? Wie steht es mit dem auch in der Öffentlichkeit erörterten Projekt, durch Bereitstellung von 750 Millionen öffentliche Arbeiten in Gang zu setzen, und wie will der Minister diese 750 Millionen beschaffen?

Wirtschaftspartei



So geht es, Herr Dietrich, wenn man immer — zum Trog drängt!

sich lediglich darauf beschränkt habe, ein Bild der Finanzen zu geben. Selbst dieses Bild sei nach seiner Ansicht nicht richtig. Es werde noch viel ungünstiger werden, als Dietrich es angenommen habe. Es sei notwendig, die Finanzen in enge Beziehung zu der gesamten Reichspolitik zu stellen und sie in diesem Rahmen zu betrachten. So lege die Frage einer Revision des Young-Plans die Bereinigung der Reichsfinanzen voraus. Keine Reichsregierung könne doch mit irgendeiner ausländischen Regierung in Verhandlungen über Änderungen im Young-Plan eintreten, wenn nicht absolute Sicherheit dafür sei, daß die Reichsfinanzen in sich in Ordnung seien und der ausländische Kapitalmarkt nicht in Anspruch genommen zu werden braucht. Die Finanzpolitik sei nicht, wie Dietrich seiner Rede nach angenommen habe, ein Ding für sich, sondern nur ein Teil der allgemeinen Innen- und Außenpolitik.

Auch den Äußerungen des Ministers bezüglich der Gemeinden sei nicht zuzustimmen. Man habe zwar den Gemeinden neue Einnahmequellen eröffnet, aber viele Gemeinden könnten sie nicht durchführen und wo sie eingeführt wären, würden sie nicht die erhofften Beiträge bringen, ganz abgesehen davon, daß auf der anderen Seite dadurch die Reichseinnahmen gesenkt werden. Viel wichtiger als die Erschließung neuer Einnahmequellen für die Gemeinden sei es, den stärksten Druck auf die Gemeinden bezüglich einer Einschränkung ihrer Ausgabenwirtschaft zu üben. Der Widerstand mancher rheinischer Oberbürgermeister, die in Köln und anderen Städten ungeheure Bezüge hätten, auf freiwillige Senkung dieser Bezüge würde in der gesamten Öffentlichkeit nicht verstanden. Wie könne man bei den kleineren Beamten Verständnis für die Notwendigkeit von Gehaltskürzungen erwarten, wenn von den Spitzen herabgesetzt werde. Die Deutsche Volkspartei verlange auch, daß der Reichsfinanzminister in seinen Bestrebungen nicht vor dem Arbeitsministerium halt mache.

Die Sozialpolitik müsse gezmungen werden, sich anzupassen an die Möglichkeiten der Finanzpolitik. Die Deutsche Volkspartei werde ihre

Der Steuerkontrolleur bestochen.

Bei allen französischen Banken üblich.

Paris, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß im Dufrier-Skandal hat eine neue schwere Bestechungsaffäre aufgedeckt. Der Kontrolleur der Steuerverwaltung, Auge, dessen Aufgabe es war, die Bank Dufrier zu überwachen, erhielt von Dufrier ein festes Monatsgehalt und bezog zu diesem Zweck ein Bankkonto. Ein Direktor der Dufrier-Bank, der vor der Untersuchungskommission die Bestechungsaffäre aufdeckte, erklärte dazu, daß diese Praxis der Beamtenbestechung bei allen Banken geübt werde.

Volksspeisung billiger.

Aber auch geringe Senkung der Unterstützungsrichtsätze.

Die Senkung der Lebensmittelpreise und einschneidende Maßnahmen zur Verringerung der Verwaltungskosten haben es ermöglicht, mit Wirkung vom 1. Februar ab den Abgabepreis für die städtische Volksspeisung um 20 Prozent zu senken. Menge und Güte des Essens bleiben unverändert.

Infolge des erheblichen Sinkens der Lebenshaltungskosten mühten sich den geltenden Gemeindebeschlüssen auch die gegenwärtigen Unterstützungsrichtsätze um 3 bis 6 M. herabgesetzt werden. Der Magistrat hat sich nach eingehender Beratung jedoch hierzu nicht entschließen können. Die Unterstützungssätze sind vielmehr vom 1. Februar 1931 ab geringer, für die Betroffenen immerhin fühlbar genug, herabgesetzt worden. Die Senkung beträgt für die Monatsbeträge bei Alleinstehenden 1 M. und bei Eheleuten 1,50 M. Die Richtsätze für Kinder sind bestehen geblieben.

Die Richtsätze sehen jetzt vor in der gehobenen Fürsorge (für Kleinrentner, Sozialrentner, diesen Gleichgestellten, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene) für Alleinstehende 52 M., für Eheleute 78 M., für jedes Kind unter 15 Jahren 18 M.; für nicht in der gehobenen Fürsorge zu betreuende Personen (höchstens 10 Prozent aller laufend Unterstützten) für Alleinstehende 41 M., für Eheleute 61,50 M., für Kinder unter 15 Jahren 18 M.

Diese Unterstützungsrichtsätze sind weder Mindest- noch Höchstsätze, sondern lediglich Richtsätze. Die Befreiung des im Einzelfalle tatsächlich erforderlichen Unterstützungsbetrages erfolgt jedesmal auf Grund einer genauen individuellen Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Belgien holt die Flagge nieder.

Die Konzeption in Tientsin an China zurückgegeben.

Brüssel, 15. Januar.

Auf Grund des kürzlich zwischen der belgischen und der chinesischen Regierung abgeschlossenen Übereinkommens wurde die belgische Konzeption in Tientsin den Vertretern der Konkingregierung übergeben. Die belgische Flagge wurde wiedergeliefert und durch die chinesischen Farben ersetzt. Aus Anlaß der Übergabe fanden Volksfestlichkeiten statt. Alle Beamten und die Schulkinder erhielten einen freien Tag. Die Polizei hat an Stelle der belgischen Uniform die chinesische angezogen.

Heimliche Rassejuden.

Entdeckung des bösslichen Weltwärtis.

In der Mannheimer „Volksstimme“ finden wir eine anmaßliche Behauptung der baltischen Rassenforscher, die auch unsere Lesern Bergnügen bereiten wird. Unter dem Titel „Rassejuden im Reichstag“ hatte der Karlsruher „Führer“, das Hauptorgan der badischen Nazis, die verkappten Juden im Reichstag entlarvt. Dazu schreibt unser Mannheimer Feindblatt:

Die Liste der ihre Rasse verheimlichenden Juden wird präsentiert. Zusammen 33 Rassejuden. Woher stammen diese Kenntnisse? Man hat das Reichstagshandbuch genommen und die Bilder der Reichstagsabgeordneten studiert. Entschieden hat dabei die anthropologische Intuition. In der Rassenkunde durch den berühmten Günter gefächert, beschaut man die Bilder und verzehntet die des Semitismus verdächtigen Abgeordneten. Die Reihe der Delegationen kommt in der Ordnung, wie die Abgeordneten im Reichstagshandbuch stehen — begonnen mit Berlin, beendet mit der Reichsliste.

Die Aufzählung ging auf Grund der „anthropologischen Merkmale“ vor sich: hat einer eine Brille, dazu noch ein mageres Journalistengesicht (obwohl rotblond), so kommt er auf die Liste — so der kommunistische Abgeordnete Koenen-Hoffe. Der blonde Norddeutsche Otto Eggerstedt aus Kiel, sozialdemokratischer Parteipräsident von Altona, ehemaliger Bäckergewerkschaftsmitglied, intelligent aus, erlappt: Jude. Daniel Stücklen, ehemaliger Metallarbeiter, Chemiker: die, behäbig, gutmütig — auch ein Jude! Klara Zetkin hat zwar ein typisch germanisches Gesicht, aber der Name, der Name! Sie war mit einem Juden verheiratet und der hat sie jüdisch infiziert. (Ist Herr Dr. Scholz, der Reichstagspräsidenten-Kandidat der Nazis, durch seine jüdische Frau nicht infiziert worden?) Eduard David, der evangelische Pfarrersohn aus dem Rosenthal, lächelndes Gesicht, wie es in den Grimm-Märchen steht, aber der biblische Name? Nun wissen die Anthropologen aus Karlsruhe nicht, das ein gutes Bierlein aller Engländer und Amerikaner biblische Namen trägt. Mo hor mit David auf die Judenliste! Und so ging es weiter.

Manchmal sollten diesen Anthropologen doch Zweifel kommen: was hat Crispian semitisch in seinem Gesicht? Nur eines: er liebt den Christus, wie er von der alten holländischen Materie dargestellt wurde, furchtbar ähnlich (hoffentlich wird uns die Feststellung dieser Ähnlichkeit weder von Crispian, noch von der Zentrumspresse übel genommen)...

Und noch ein Beispiel, das leicht nachzutrotzieren ist: unser Freund Stefan Meier, der badische sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete. Er, einer der wenigen Nicht-Diffidenten in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, katholisch, Ur-Schwab, mäßig, kommt auch auf die Liste. Verdächtig waren seine intelligenten braunen Augen... Aber den süddeutschen geht es ja überhaupt schlecht bei dieser Inquisition. Wenn der blonde Urgermane Eggerstedt aus Kiel durchgefallen ist, was können dann die armen Süddeutschen erwarten?

So ist die Judenliste ins Angeheuer gemachsen. Aber eine wichtige Lücke enthält sie doch. Ein Rassenjude fehlt hier, ein Gesicht, über das überhaupt keine Zweifel bestehen können, wurde freundlich amnestiert. Geheimrat Dr. Quast, Hugenberg's Waffenträger und Verbündeter der Nazis, der leidenschaftlichste Ankläger gegen den jüdischen Young-Plan und der Sohn einer jüdischen Mutter, der ist nicht auf die Liste gekommen.

Brillantenraub aus dem Schaufenster.

Diebesjagd durch die Straßen Magdeburgs.

Magdeburg, 15. Januar.

Auf dem Breiten Wege, der Hauptverkehrsstraße von Magdeburg, wurde am Mittwoch gegen 16 Uhr, zur Zeit des lebhaftesten Straßenverkehrs, ein unerhört dreister Schaufensterdieb verhaftet. Ein junger Mann schlug plötzlich die Schaufenster Scheibe eines Juweliergeschäftes ein, tauchte ein Kissen mit 15 Brillanten und höchstens in eine Seitenstraße. Mehrere Passanten nahmen die Verfolgung auf und konnten den Täter in einem Hausflur stellen. Das Ueberfallkommando brachte ihn zur Kasse. Bei seiner Durchsuchung wurden noch sieben Brillantringe gefunden. Die übrigen Dinge hatte er auf der Flucht verloren, doch konnte ein Teil wieder herbeigeschafft werden. Die gestohlenen Ringe hatten einen Wert von etwa 5000 Mark.

Der Berliner Juwelendiebstahl noch nicht geklärt.

Die beiden Amsterdamer Juweliere, die gestern auf der U-Bahn so empfindlich bestohlen wurden, haben eine genaue Aufstellung der abhandlungsgelassenen Steine gegeben. Danach waren in der schwarzledernen Tasche 3833 Diamanten und Brillanten. Alle Steine hatten gangbare Mittelgrößen, Stücke, die durch Farbe und Größe besonders aufgefallen wären, waren nicht dabei. Wie schon erwähnt, waren die Juweliere gegen Verlust bei Staats-Loskauf versichert. Die Gesellschaft wird für die Wiederbeschaffung eine entsprechende Belohnung aussetzen. Trotz aller Nachforschungen der Berliner Kriminalpolizei hat man von der Steinammlung noch keine Spur gefunden. Auch in Heftkreisen ist noch nichts davon ausgeht. Die Hoffnung, daß das Portfeuille verdorren und von einem ehrlichen Finder aufgehoben wurde, hat sich inzwischen sehr verringert. Es ist vielmehr anzunehmen, daß ein geschickter Taschendieb durch einen Zufallsgriff so reiche Beute gemacht hat.

Bruder und Schwester ermordet.

Ollende, 15. Januar.

In Ollende-Ausbau erschog der Landwirt Werner seinen Bruder und seine Schwester. Der Täter stellte sich darauf selbst der Polizei. Zwischen den Geschwistern soll es über den Verkauf der Wirtschaft zu Streitigkeiten gekommen sein.

Vor leeren Stühlen.

Münchener vereinsamt.

Köln, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Der Naziabgeordnete Münchener, der am Freitag voriger Woche vom Kölner Schöffengericht zu drei Monaten Gefängnis und 150 Mark Geldstrafe verurteilt worden war, sprach am Mittwochabend in Köln über das Thema „Hinter den Kulissen der heutigen Politik“. In der Versammlungsankündigung waren einem sozialdemokratischen Redner drei Viertelstunden Redezeit zugewiesen worden. Von etwa 800 Versammlungsteilnehmern wurde aber durch ein Plakat vor dem Saaleingang mitgeteilt, daß keine Diskussion zugelassen werde. Darauf bemächtigte sich der Versammlung eine große Erregung. Mehrere sozialdemokratische Redner, die zur Geschäftsordnung sprachen, wurden aus dem Saal gewiesen. Schließlich ließ der Vorsitzende der Nazisammlung zu:

Der Mörder als Heros

„Hervorragende soldatische und menschliche Eigenschaften“

Der noch ungeklärte Tod des früheren Feldwebels August Fahlbusch gibt der „Deutschen Zeitung“ Veranlassung, diese Sätze zu schreiben:

„Der Dank des Vaterlandes“, wie man ihn heute versteht, hat diesen Mann und seine Familie besonders hart getroffen. Fahlbuschs hervorragende soldatische und menschliche Eigenschaften haben für jeden außer Zweifel, der ihn kannte.“

Um den Nationalen bei der Würdigung so hervorragender Eigenschaften behilflich zu sein, geben wir hier noch einmal die gerichtlich ermittelten Tatbestände:

1. Am 18. Juli 1923 sahen im Tanzlokal „Neue Welt“ in Rathenow der Oberleutnant Fuhrmann und die Feldwebel Fahlbusch, Klapproth, Fuhrmann, Luhscher, Fahlbusch und der hinzugekommene Feldwebel Wisching mit einem Mädchen ein Auto. Während der Fahrt wurde der betrunkene Wisling durch Fahlbusch, der hinter ihm saß, mit einem Schuß in den oberen Rücken getötet. Die Leiche wurde durch zwei ineinander gesteckte Revolverhülsen beschwert und in die Havel geworfen. Fahlbusch belog nach seiner Rückkehr in die Kaserne den Wachunteroffizier, indem er ihm sagte, Wisling sei irgendwo befohlen liegen geblieben. Wisling wurde ermordet, weil er einen Militärmantel, eine Gelbbahn und eine Militärhose widerrechtlich verkauft haben sollte. Auch stand er im Verdacht, Spionendienste für die Kommunisten zu leisten. Dieser Verdacht gründete sich auf die Bekundungen eines später wegen Mordes und Meineides verurteilten Mannes.

2. Am 3. August 1923 lehrte der Unteroffizier Alfred Brauer von einem Urlaub zu seiner Formation, die zur „Schwarzen Reichswehr“ gehörte, nach Küstrin zurück. Dort wartete der Feldwebel Fahlbusch auf ihn und forderte ihn zu einer Rascherei auf. Mit einem Auto der „Schwarzen Reichswehr“ fuhr Fahlbusch

dann mit Brauer und anderen Unteroffizieren nach Spitz, um weiter zu kneipen. Fahlbusch bezahlte. Auf dem Abtritt sagte Fahlbusch zu einem Unteroffizier: „Brauer ist ein Schweinehund und muß weg. Den Schweinen mit unterwegs ins Wasser.“ Als später Fahlbusch und Brauer allein im Auto waren, löste der Feldwebel den Unteroffizier durch Schuß in den Hinterkopf. Er schleppte die Leiche die Chauffeebockung hinauf und beraubte sie aller Sachen, die zur Feststellung der Person des Toten hätte führen können. Am nächsten Tage ging er in die Garage und reinigte den mit Blut besudelten Wagen. Die Ermordung Brauers gründete sich auf den bloßen unbewiesenen Verdacht, mit Kommunisten in Verbindung zu stehen. Nach der Aussage von Fahlbusch sind beide Verdächtige auf „Befehl“ des Oberleutnants Schütz erfolgt.

Später entzog sich Fahlbusch der Verantwortung durch die Flucht nach Amerika. Er wurde wegen Vergehens gegen das Prohibitions-gesetz ausgewiesen und auf deutschem Hoheitsgebiet verhaftet.

Im November 1923 wurde gegen den Landwirt und ehemaligen Feldwebel August Fahlbusch, der beschuldigt wird, in der Nacht vom 18. zum 19. Juli 1923 bei Rathenow den Feldwebel Wisling, und in der Nacht vom 2. zum 3. August 1923 den Unteroffizier Brauer ermordet zu haben, von der Staatsanwaltschaft III in Berlin Anklage wegen Mordes erhoben.

Zu einer Hauptverhandlung ist es infolge der durch die Kommunisten und die Mehrheit der Bürgerlichen beschlossenen Amnestierung der Fememörder nicht gekommen.

Fahlbusch mochte gegen jede soldatische Tradition zwei Kameraden und entzog sich durch Flucht der Verantwortung. Fahlbusch tötete betrunken gemachte Männer durch feige Schüsse von hinten, belog seinen Kameraden und erlachte am Tage nach der Tat den Mordwagen, als wenn nichts geschehen wäre.

Das alles sind nach dem Zeugnis der nationalsozialistischen „Deutschen Zeitung“ hervorragende soldatische und menschliche Eigenschaften!

Rußland und die Abrüstung

Gegen Benesch als Präsidenten und gegen Genf als Tagungsort

Moskau, 15. Januar.

Angesichts der zur Zeit stattfindenden Erörterung der Frage des Vortrages, des Zeitpunktes und des Ortes der Abrüstungskonferenz haben die Sowjetbotschaften bzw. Sowjetgesandtschaften in Großbritannien, Deutschland, Italien, Norwegen, Dänemark, Frankreich und Japan den Außenministern dieser Länder folgende gleichlautende mündliche Erklärung abgegeben:

Gemäß den Beschlüssen der Mehrheit der Vorbereitenden Abrüstungskommission wird sich der Völkerbundsrat in seiner nächsten Session wahrscheinlich mit der Festlegung des Ortes und des Zeitpunktes der Einberufung der Abrüstungskonferenz und der Ernennung des Konferenzvorsitzenden befassen. Nach Ansicht der Sowjetregierung kann diese Konferenz eventuell von internationaler Bedeutung sein, denn von den Ergebnissen der Konferenz kann in erheblichem Maße die Frage der Verlängerung und Festigung des Friedens und die Frage eines neuen Zerstückelungskrieges abhängen. Die Sowjetregierung hat sich wiederholt in dem Sinne geäußert, daß unter den gegebenen Verhältnissen die einzige Garantie eines wahren Friedens die Abrüstung oder zumindest die größtmögliche Herabsetzung der Rüstungen sein werde. Nach Ansicht der Sowjetregierung ist es für einen Erfolg der Arbeiten der Konferenz erforderlich, daß allen Konferenzteilnehmern, sowohl den großen als auch den kleinen Mächten, volle Gleichberechtigung gesichert sei. Sie sieht sich aber gezwungen, festzustellen, daß diese Gleichberechtigung in der Abrüstungskommission gegenüber der Sowjetdelegation nicht nur durch die Beschlüsse der Kommission, sondern namentlich durch die offen parteiliche Haltung des Kommissionsvorsitzenden verletzt wurde. In den Protokollen der Kommission sind nicht wenig Belege für diese Behauptung zu finden. Es bedurfte besonderer Selbstbeherrschung und Geduld der Sowjetdelegation wie auch der Erkenntnis der enormen Bedeutung, die ihre Regierung der Sache der Abrüstung beimißt, um unter dem Eindruck der Taktlosigkeit und Graubheiten des Kommissionsvorsitzenden ihre Teilnahme an der Kommission nicht abzubrechen. Unzweifelhaft wurde die Haltung des Vorsitzenden unter anderem auch durch seine Zugehörigkeit zu einem Staate bedingt, der im Laufe von 14 Jahren normalen Beziehungen der Sowjetunion auswich, dem es an wirklichen Quellen zur Information über die Sowjetunion gebricht, und der deshalb mehr als andere topikalistische Staaten Vorurteilen

gegenüber der Sowjetunion unterworfen ist. In Anbetracht dessen glaubt die Sowjetregierung, daß

die Beteiligung an der Wahl des Konferenzvorsitzenden allen Konferenzmitgliedern ohne Ausnahme gewährt werden müsse,

und daß der Vorsitzende daher nicht von einer Staatsgruppe und auch nicht von einer Organisation, der nicht alle Konferenzteilnehmer angehören, sondern vom Plenum der Konferenz ernannt werden müsse. Die Sowjetregierung glaubt, zum Vorsitzenden und somit auch zum Leiter einer so wichtigen Weltkonferenz könne nicht gewählt werden ein Vertreter eines solchen Staates, der bereits in der Vorbereitenden Abrüstungskommission eine bestimmte ablehnende Haltung gegenüber der Abrüstung gezeigt hat, noch eines Staates, der eine entwickelte Kriegsindustrie von internationaler Bedeutung besitzt und dennoch an der Aufrechterhaltung und Steigerung der Rüstungen wirtschaftlich interessiert ist, noch eines Staates, der nicht mit allen Staaten, die an der Konferenz teilnehmen, normale Beziehungen aufrechterhält. Selbstverständlich kann zum Vorsitzenden der Konferenz auch nicht eine Persönlichkeit gewählt werden, die durch ihre öffentlichen Kundgebungen oder ihre Vorurteile gegen diesen oder jenen Staat bekannt ist. Ferner ist für eine erfolgreiche Arbeit der Konferenz notwendig, daß allen ihren Teilnehmern die nötige Ruhe und die Möglichkeit, sich auf den Gegenstand der Arbeiten der Konferenz zu konzentrieren, gesichert sei. In dieser Ruhe fehlt es der Sowjetdelegation bei der Vorbereitenden Abrüstungskommission in erheblichem Maße angesichts der feindseligen Atmosphäre, die ihr gegenüber durch die Genfer Presse und durch ähnliche Antisowjetorganisationen geschaffen war, zu denen auch die bekannte internationale Organisation zur Vorbereitung einer Intervention in der Sowjetunion mit dem Beschützer des Mörders des Sowjetbotschafters Borowski an der Spitze gehört. Vorurteile und Voreingenommenheit gegen die Sowjetunion sind naturgemäß stärker in jenen Ländern, die in der Sowjetunion keine Vertreter haben, denen es daher an authentischer Information über die Sowjetunion fehlt, und die ihre Information ausschließlich aus Berichten verantwortungsloser Journalisten beziehen. Die Sowjetregierung glaubt daher, daß als Ort der Abrüstungskonferenz ein Land gewählt werden müsse, das mit allen Staaten, die an der Konferenz teilnehmen, normale Beziehungen aufrechterhält.

nächst die linke und dann nach und nach die rechte Hälfte des Saales räumen. Ungefähr neun Zehntel aller Zuhörer wurden aus dem Saal gewiesen. Die Versammlungsteilnehmer brachten brandende Hochrufe auf die Sozialdemokratie, die Republik und auf Karl Seering aus. Als Münchener vor leeren Stühlen bis Wort nahm, wurden auch von den Tribünen Zwischenrufe laut. Einzelne Tribünenbesucher wurden gleichfalls des Saales verwiesen. Die Versammlung war für Münchener eine Riesenspieler.

Auf zu Hitler!

Hugenberg's Presse für das Dritte Reich.

Bei den Hugenberg'schen Zeitungsunternehmen ist man zu der Ansicht gelangt, daß mit den absterbenden Deutschnationalen kein Geschäft mehr zu machen und daß es daher an der Zeit ist, sich auf die jüngere Richtung der Nazis umzustellen. Der „Tag“ vom 15. Januar bringt in seiner Beilage „Bege zur Volksgemeinschaft“ den Artikel eines Dr. Gifedius, der folgendes Resultat ablegt:

Die Jugend erkaunt die heutige Gegebenheit weder als Staat noch als Reich an.

Alle nationale Hoffnung, alle Zielstrebigkeit, aller Glaube konzentriert sich an etwas, was von der Zukunft ist:

das dritte Reich.

Das „Dritte Reich“ ist von der Redaktion des „Tag“ durch besondere Schlagzeile aus dem übrigen Artikel hervorgehoben. Herr Hugenberg hat nach dem Zeugnis seines Freundes Professor

Ludwig Bernhard seinerzeit in dem bankrotten Scherl-Unternehmen, als er es mit Hilfe schwerindustrieller und preußischer Staatsgelder sanierte, die geheimnisvolle „Scherl-Seels“ entdeckt. Sollte er jetzt die „Hitler-Seels“ in seinem Konzern entdeckt haben?!

Ting muß verlagen.

Weil Frid die Gelder sperrte.

Die Heimvolkshochschule Schloß Ting hatte im Frühjahr vorigen Jahres einen Prozeß gegen die thüringische Regierung vor dem thüringischen Staatsgerichtshof anstrengt, weil Herr Frid die Zuschüsse um zwei Drittel gekürzt hatte, obwohl das den bestehenden Verträgen widersprach. Durch die Unterstützung des Reiches und anderer amtlicher Stellen wurde es der Schule trotzdem möglich, ihre Kurse zu den alten Bedingungen weiter durchzuführen.

Nun aber steht ein Termin für den Prozeß immer noch nicht fest. Deshalb ist die Schule mangels Mitteln gezwungen, den Beginn des 15. Winterturnus, der heute, am 15. Januar dieses Jahres, sein sollte, auf unbestimmte Zeit zu verlegen.

Zeitungsverbot in Breslau. Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat die in Breslau erscheinende nationalsozialistische Zeitung „Der schlesische Beobachter“ wegen Verstoßes gegen das Reichsstrafgesetzbuch und das Republiksschutzgesetz auf die Dauer von zwei Monaten verboten.

Pariser „Angriff“. Ein neues Mitteilungsblatt erscheint unter dem Titel „Paris-Roum-Ries“ als Organ des Pariser Abg. Taittinger, Führer der radikalnationalistischen Jugend.

Berlin in Schnee und Eis

Keine wesentlichen Verkehrsstörungen

Der Winter hat sich in Berlin durchgesetzt. Schon gestern gab es bis spät in die Nacht hinein einen feinen aber uncutenigen Schneefall, und begünstigt durch die zunehmende Kälte, hielt sich das weiße Kleid. Das Thermometer zeigte noch am heutigen Morgen 3 Grad. In den Hauptverkehrsstraßen waren Schuppertsalomon am Wert, schnell und umfassend die Säuberungsaktion vorzunehmen. Denn das geschäftige, ewig haltende Großstadtleben kann mit dem irdischen Weis nicht viel beginnen, das unter dem Druck des Wasserverkehrs ja schließlich doch zu Wasser wird. Aber in den Außenbezirken, wo das Tempo noch ein geruchsameres ist, hat der Schnee eine prächtige Winterlandschaft geschaffen: da gibt es Schneeballschlachten und Rodelfahrten und der Naturbegeisterte, der seine Schritte in den nahen Grunewald lenkt, kommt ebenfalls reichlich auf seine Kosten.

Bisher 20000 Mark Schneefahrkosten.

Dieser erste größere Schneefall des recht wechselvollen Winters hat der Stadt etwa 20000 Mark Kosten verursacht. Wäher dem 3000 Köpfe zählenden Stammpersonal der Städtischen Straßenreinigung mußten in den heutigen frühen Morgenstunden 1600 Hilfsarbeiter herangezogen werden. Gegen 8 Uhr war die Aktion ziemlich beendet und die Hauptverkehrsstraßen waren von den Schneemengen restlos befreit. Schon in der Nacht waren 113 Schneepflüge und 43 Sandstreuwagen eingesetzt worden.

Die Berliner Verkehrs-Gesellschaft mußte in der vergangenen Nacht ein ganzes Heer von Arbeitskolonnen

hinaussenden, um die vielen Weichen, die bei den schon in den Abendstunden stark sinkenden Temperaturen in die Gefahr des Einfrierens geraten, freizuhalten. Eine Reihe von Schneepflügen und Sandstreuwagen hielt außerdem das Gleisnetz eisfrei, so daß es bei dem starken Frühverkehr nirgends zu Störungen gekommen ist. Die Autobusse mußten in den Morgenstunden wegen der Vereisung der Fahrdämme äußerst vorsichtig fahren und die Chauffeure mußten mächtig aufpassen, um die schweren Fahrzeuge in der Gewalt zu behalten. Unfälle haben sich, soweit bekannt geworden ist, glücklicherweise nicht ereignet.

Wetterumschlag in Sicht.

Das schöne sonnige Winterwetter soll leider wieder nicht von allzu langer Dauer sein. Wenn die Voraussetzungen des Wetterdienstes zutreffen sollten, dürfte bereits in den nächsten 24 Stunden ein völliger Wetterumschlag zu erwarten sein. Bei steigenden Temperaturen und zunehmender Bewölkung ist zunächst mit Schneefällen zu rechnen, die dann in Regen übergehen werden. Nordwestdeutschland und fast die ganze Nordseeküste hat bereits wieder mildes Wetter, die Durchströmung ist allenfalls über 0 Grad gestiegen. Aus Südband und dem Gebiet der Nordsee werden sogar 3-5 Grad Wärme gemeldet. Die Druckverteilung läßt erwarten, daß unser Gebiet in den Bereich milder maritimer Luftmassen gelangen wird. Außerdem werden sich Westwinde einstellen, die den Temperaturanstieg ebenfalls wesentlich beeinflussen dürften. Die Temperaturen, die heute früh in Berlin 6 Grad Kälte betragen, stiegen bis um 12 Uhr auf minus 3 Grad.

Heberspannte Hoffnungen

Keine „Trodenlegung“ von Wattenmeer, Jade, Dollart

Im Zusammenhang mit der Frage der Arbeitsbeschaffung sind in letzter Zeit Pressemeldungen ausgeworfen, die von einem angeblich in der Ausarbeitung befindlichen Landgewinnungsprogramm größten Stills Einzelheiten wiedergegeben haben. Danach sollte das holländische Beispiel der Zunderseeverlandung auf die deutschen Küsten übertragen, das nordfriesische Wattenmeer und teilweise auch Jadebusen sowie Dollart durch Dämme abgeschlossen, entwässert und „trodengelegt“ werden. Da bekanntlich das Anlandungsrecht in Nordseegebiet ziemlich ausschließlich dem preussischen Staat (Domänenfiskus) zusteht, haben wir uns um Auskunft an die zuständige Wasserbauabteilung im Landwirtschaftsministerium gewandt. Die Antwort war, wie kaum anders zu erwarten, ein glattes Dementi. Das holländische Vorbild läßt sich nicht auf deutsche Verhältnisse übertragen. Von amtlicher Seite wurde weiter folgender Tatbestand festgestellt:

Das Landgewinnungsprogramm für 1931 und 1932 ist festgelegt durch das Kreditgesetz vom 26. Juli 1930 (Preuß. Ges.-Samml. S. 218). Danach wurden 5225000 Mark Künftig gemacht zur Fortführung der seit langem in Gang befindlichen Aufschüßungs- und Anlandungsarbeiten auf einem domänenfiskalischen Gebiet von 9448 Hektar Größe. Davon entfällt der größere Teil auf Vorland an der nordfriesischen Küste, der kleinere Anteil auf Ostfriesland. Weitergehende Pläne bestehen nicht. Insbesondere ist keine Rede von neuen Dammbauten.

Unsere mit technischen Mitteln durchgeführten Verlandungsarbeiten können die natürliche Anschließungsstätigkeit

des Meeres auf Schlickwatten nur begünstigen und beschleunigen, aber nicht erzeugen. Die Unterfügungstätigkeit des Meeres durch menschliche Arbeit beschränkt sich zumelst auf das Anlegen von Gräben und Deichen, die sich mit Schlickmassen vollsetzen, und Errichtung von Pfahlreihen und Buschwerf, die das erdigen Bestandteile des Meerwassers bei rückgehender Flut festhält. Auf Sandwatten ist die Landgewinnung überhaupt zwecklos, da hier die Möglichkeit landwirtschaftlicher Nutzung fortfällt.

Das Landgewinnungswert an der Küste findet im ganzen Reich auffällige Beachtung, wie zahlreiche Anfragen und Eingaben beweisen. Vorgelegene neuezeitliche und billige Dammbauverfahren (Belonkühlung vom Schiff aus, Geotrierverfahren usw.) haben sich bei näherer Prüfung als unausführbar erwiesen. Projektentwerfer, die „im lauffischen Orange“ unsere Wattenküste nach Art der Zunderseeverlandung trodenlegen wollen, übersehen die grundlegenden natürlichen Bedingungen. Die Zundersee ist ein flaches „Bach“, das leichter durch Arbeit von allen Seiten her „zugemacht“ werden kann, als unsere weit geöffneten, von Tiden und Strömungen durchzogenen Küstendünen, die meist auch Flußmündungen sind. Die oben genannten rund 1000 Hektar Schlickgebiete werden zudem erst nach etwa 50 bis 60 Jahren restlos beheizt und kulturfähig sein. Es ist eine maßlose Ueberreibung, das durch Verlandung zu erwartende Gebiet von der Größe der Insel Rügen oder gar als eine neue Provinz darzustellen. Es erhellt daraus, daß die schöne Lösung „Land steigt aus dem Meer“ nur mit der nötigen Reserve ausgegeben werden darf, um Enttäuschungen zu verhüten.

Abwehr der Grippewelle.

Magistral sorgt vor. — Krankenhaus Ostfischer Straße wieder eröffnet.

Der tägliche Zugang an Grippeerkrankungen ist in Berlin etwa seit einer Woche unverändert. Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin sind weiterhin täglich etwa 500 Neuzugänge zu verzeichnen. Der Zentralbettennachweis hat am 13. Januar 127, am 14. Januar 137 Betten für Grippefronthe vermittelt. Am Donnerstagmorgen standen allein in den städtischen Einfallen 218 Betten für Grippefronthe zur Verfügung, für Männer, Frauen und Kinder. Um auch für die nächsten Tage ausreichend Platz zu haben, wird am Donnerstag das feinerzeit wegen Unterbelegung geschlossene Krankenhaus Ostfischer Straße wieder eröffnet. Falls weiterer Bedarf aufzotreien sollte, werden das Krankenhaus Blankenburg und eventuell noch Voroden in Betrieb genommen.

Rachmals wird darauf hingewiesen, zur Beschleunigung der Beschaffung eines Krankenhausbettes sich stets der unentgeltlichen Vermittlung des Zentralbettennachweises zu bedienen. Anruf D 1 Nord 0013.

Die beleidigte Schulschwester.

Frenzel-Kammer unter Dr. Hellwig auch in Brandenburg.

Brandenburg a. d. H., 15. Januar. (Eigenbericht.)

Unter großem Andeang der Brandenburger Bevölkerung begann heute früh vor der Potsdamer Straßammer, welche aus Zweckmäßigkeitsgründen in Brandenburg a. d. H. tagt, die Verhandlung über die Verurteilung gegen den Stadtkammern Otto Schwarz aus Brandenburg, der im Februar vorigen Jahres vom Potsdamer Schöffengericht wegen tätlicher Beleidigung der Schulschwester, geschiedenen Frau Hedwig Florian vom Wohlfortsaat Brandenburg, zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war. Angeklagter und Staatsanwalt haben gegen das Urteil Berufung eingelegt. Den Vorsitz führt der aus dem Frenzel-Prozess bekannte Landgerichtsdirektor Dr. Hellwig; als Beisitzer fungieren dieselben Herren wie im Frenzel-Prozess. Die Anklage vertritt diesmal der Oberstaatsanwalt Tetzlaff. Als Nebenklägerin ist Frau Florian zugelassen. Rechtsanwält Dr. Frey-Berlin tritt als Verteidiger für den Angeklagten auf. Frau Florian steht Rechtsanwält Georg Löwenthal-Berlin zur Seite. Die Verhandlung, zu der 65 Zeugen und vier Sachverständige geladen sind, findet in der Aula der Auguste-Wächterschule in Brandenburg statt. Zahlreiche Magistratsmitglieder sind als Zeugen geladen.

Saum hat die Verhandlung begonnen, kommt es zu einem Zusammenstoß zwischen Verteidiger und Staatsanwalt. Rechtsanwält Dr. Frey bemängelt nämlich, daß der frühere Anklagevertreter, Staatsanwaltschaftsrat Stargard, Zeugen nach der ersten Verhandlung in seinem Amtsbüro in Potsdam vernommen hat. Durch eine anonyme Person seien dem Staatsanwalt Brandenburger Bürger in das Amtsbüro gebracht worden, die der Staatsanwalt protokolllarisch vernommen hat. Der Oberstaatsanwalt Tetzlaff erwidert darauf, daß es das gute Recht eines Staatsanwalts sei, das zu tun. Die Privatklägerin behauptet, daß der Angeklagte am 17. September 1929 in etwas angeheiterter Stimmung im Gesundheitsamt versucht habe, ihr Gewalt anzutun. Der Angeklagte, dem dienlich ein gutes Zeugnis ausgestellt wird, bestreitet energisch den Vorwurf, so wie ihn Frau Florian schildert. Für die Verhandlung sind sechs Tage in Aussicht genommen.

Bergiftungstod durch Tapeten.

Eine seltsame Arsenisbergiftung

Wien, 15. Januar.

Ein noch ungeklärter Fall von Vergiftung durch eine Tapete hat sich vor kurzem hier ereignet. Am vergangenen Montag starb in einem Wiener Sanatorium die Frau des bekannten Professors an der hiesigen Hochschule für Bodenkultur, Fischer, Olga Fischer, nach fast dreiwöchiger Behandlung. Die Anzeichen der Krankheit wiesen auf eine Arsenvergiftung hin. Man untersuchte nun die Tapete des Schlafzimmers der Frau Olga Fischer. Die Untersuchung hatte das überraschende Ergebnis, daß der Farbstoff einer Fläche von einem Quadratmeter $\frac{1}{10}$ Milligramm Arsen enthielt. Die Tapete ist in den letzten zwei Jahren ziemlich viel verkauft worden, ohne daß bisher ein Anstand ergab. Die Behörden haben die gerichtliche Desinfektion der Leiche angeordnet.

Kronprinz als Handlungsreisender.

Der Prinz of Wales stellt englische Waren aus.

London, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Der englische Thronfolger tritt am Freitag eine Reise nach Argentinien an. Eine belanglose Tatsache, wenn es sich nur um eine prinzipielle Bergnügungsreise handeln würde. Mit dem Prinzen von Wales fahren jedoch 500 englische Geschäftsleute, die eine riesige britische Warenmesse in Buenos Aires eröffnen werden. Industrieprodukte im Werte von einer Million Pfund Sterling sind in den Ausstellungsräumen untergebracht. Der englische Thronfolger, der infolge des Rest, wird lediglich als Messedirektor tätig sein.

Diese argentinische Ausstellung und die ganze Reise sind ein großer Angriff des britischen Kapitalismus und der britischen Industrie auf die amerikanische Konkurrenz. Bereits im Jahre 1929 war ein Handelsabkommen zwischen England und Argentinien geschlossen worden, das eine gegenseitige 30prozentige Zollermäßigung aufhoben brachte. Dieser Vertrag hat bisher für die agrarische Produktion Argentinien sowie für die englischen Industrieerzeugnisse große Vorteile gebracht. Die natürliche Abneigung Argentinien gegen Nordamerika war bei diesem Abkommen ein wichtiger Faktor, der sich auch in Zukunft und bei der jetzigen Geschäftsreise des Prinzen von Wales weiter zugunsten Englands auswirken dürfte.

Theater für Gewerksleute. Die Intendantin des Reichlichen Theaters in Gera hat sich in Uebereinstimmung mit ihren Angehörigenverbänden sowie mit der Gewerkschaftsleitung, dem Arbeitsamt und der Volkshochschule Reuth (Freie Volkshochschule) entschlossen, in den Monaten Januar, Februar und März eine Anzahl kostenloser Vorstellungen für die Gewerkschaften und deren Angehörige zu veranstalten. Das gesamte Personal des Theaters hat sich für diese Vorstellungen, die wochentags nachmittags stattfinden sollen, zur honorarlosen Mitwirkung verpflichtet. Das Arbeitsamt und die Gewerkschaftsleitung sowie die Volkshochschule Reuth organisieren den Besuch.

In der Humboldt-Hochschule beginnt Freitag 8-9 1/2 Uhr Dr. Stillke (Magistrat, 84) eine fünf wöchentliche Arbeitsgemeinschaft über das Thema: „Was ist Marxismus?“

„Don Carlos“ im Schiller-Theater.

Der Fehner-Inszenierung des „Don Carlos“ im Schiller-Theater folgt der Theatergott, der an eine staatliche Bühne einige Ansprüche stellt, mit wachsendem Bekendnis. Was er da zu sehen bekommt, scheint eine ungeordnete Szenenansammlung zu sein, bei der die bearbeitende Hand gefehlt hat. Mit Erstaunen stellt man aber fest, daß sich Leopold Fehner große Mühe gegeben hat, der Aufführung ein eigenes Gesicht zu geben. Das sind Fehners Worte: „Es ist das drittemal, daß ich an eine Inszenierung des „Don Carlos“ herangehe, immer wieder angeleitet durch die Sprödigkeit des aus einer vieljährigen Schaffensperiode hervorgegangenen letzten Schillerischen Jugendwertes. Diese lange Schaffenszeit hat die durchgehenden Linien des Werkes oftmals gebrochen und verwischt. Die thematischen Motive haben gewandelt, die Beweise der Hauptfiguren haben sich verschoben. Die Handlung läßt genialische Irrtümer erkennen.“ Fehner läßt also Kritik am dichterischen Gehalt des Schillerischen Schauspielers. Ich bin gewiß der letzte, der Zweifel am Wert schillerischer Werke für die Gegenwart für unzulässig hielt. Aber ich muß doch in Anlehnung an die Worte des Regisseurs sagen, Fehners Inszenierung läßt Irrtümer erkennen, die alles andere als genialisch sind. Mit Kürzungen bin ich einverstanden — schon so dauert die Vorstellung bis 12 1/2 Uhr — aber nicht mit Umspielungen von Text und Szenen, die einfach sinnlos sind.

Fehner versucht, durch Umgruppierung der Bilder den äußeren Ablauf klarer zu gestalten und erreicht nur, daß die Handlung sich für einen Nichtkenner des Schillerischen „Don Carlos“ rettungslos verwirrt. Fehner versucht ferner, die eigentliche Idee des Dramas herauszuschälen. Was wir im Schiller-Theater erleben, ist aber ein Zwischenstück von aufregender Haupt- und Staatsaktion und kunstloser Plotfäbrikation von Weltbeglückungsideen. Es lohnt nicht, auf einzelne Irrtümer einzugehen. Fehner ist offenbar über der theoretischen Idee, den „Don Carlos“ zeitgerecht zu machen, der Bild für die Bühnennarrativität des Ganzen verloren gegangen. Er hält den Don Carlos für eine Nebenfigur und besetzt die Rolle mit Walter Firner, dessen mimische Künste sich in Gestungen der Stirn und Aufreihen der Augen und des Mundes erschöpfen. Er ist so aufgeregt, daß jede Bewegung gewollt erscheint. Fast jedes Wort bringt er mit wänerlicher Stimme hervor. Athor Mäthel, sein Gegenspieler als Marquis Posa, übersteigert sich dagegen in den dramatischen Mitteln. Er spricht mit hochender und oft unverständlicher Stimme. Er schreit, er ist nur laut und daher niemals überzeugend. Etriede Böttemann gibt eine Prinzessin von Ghast mit der Dämonie einer Ungelattanz-Soubrette, und die übrigen Darsteller spielen jeder ihren eigenen Stil. Ein eigenes Gesicht hat dabei nur Walter Franz als König Philipp, dessen grandiose Leistung wenigstens einigermaßen mit dem verstorbenen Wand verfährt. Die Worte: „Das Bürgertum soll furchtbar werden“ spricht er mit ganz leiser Stimme und erreicht damit eine nachhalligere

Wirkung als Athor Mäthel mit seiner temperamentvollen Lautheit. Im zweiten Teil, in dem Walter Franz seine Gestalt als krankhaft besessenen König spielt, können wir mit seiner Auffassung nicht mehr ganz mitgehen, dennoch bleibt er wenigstens eine Art von Erlebnis.

Das Publikum des Schiller-Theaters ist ehrlich ergriffen und ruft Darsteller und Regisseur immer wieder vor die Rampe.

Ernst Degner.

Wanderungen eines Rubens-Bildes.

Uebereignung oder Eigentumsvorbehalt?

Wegen Unterfchlagung eines Rubens-Gemäldes hatte sich der Student Graf Bruno v. Schack vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten.

Im Mai 1928 hatte ein Künstler A. in Amsterdam bei einem Kunsthändler ein Delgemälde anbedet, das den Apostel Paulus darstellte, der beide Hände über ein Schwert kreuzte und ein Buch hielt. Der Meister war unbekannt, und A. konnte das Bild billig erwerben. Nach einem Gutachten von Wilhelm v. Bode ist das Bild aber als ein echter Rubens anzuspochen. A. erwarb das Gemälde einer Kunsthandlung zum kommissionsweisen Verkauf. Ein gewisser Gutermann führte den Angeklagten der Firma als Käufer zu. Der Graf erwarb das Bild für 40000 Mark und gab vier Wechsel über je 10000 Mark. Nach der Behauptung der Firma sollte sie Eigentümerin des Bildes bleiben, bis die Wechsel bezahlt waren. Die Wechsel gingen aber unter Protest, unmittelbar nach Erwerb des Bildes verpfändete der Angeklagte es für 1500 Mark beim Staatlichen Leihhaus. Den Pfandbrief erwarb für andere Forderungen ein gewisser Kunder, der das Bild einlöste und von neuem für 18000 Mark verpfändete. Später verkaufte Kunder das Gemälde an einen gewissen Schmieder für 18000 Mark.

Nach der Behauptung von Kunder soll der Angeklagte 10000 Mark erhalten haben. Kunder war später wegen anderer Straftaten auf dem Balkan verhaftet worden. Ein Strafverfahren wegen der Schließung mit dem Bilde gegen ihn ist aber mangels ausreichenden Beweises eingestellt worden. Schmieder ist inzwischen verstorben. Der Angeklagte bestritt, daß die Kunsthandlungsfirma sich ein Eigentumsrecht vorbehalten hatte, und Gutermann bestätigte das auch. Allerdings habe Gutermann später auf Verlangen der Firma dem Angeklagten einen Schein zur Unterschrift vorgelegt, auf welchem ein Eigentumsvorbehalt vorgelesen war.

Der Staatsanwalt hielt die nachträgliche Unterschrift für rechtlich unwirksam, denn das Bild sei zunächst in den Besitz des Angeklagten übergegangen, so daß er darüber verfügen konnte. Das Schöffengericht schloß sich dieser Auffassung an und sprach den Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei.

Fuhrgewerbe vor dem Kampf

Beispiellose Schwindelmeidung der Fuhrherreninnung

Gestern fanden vor dem Schlichtungsausschuss Verhandlungen in dem Lokalkonflikt im Berliner Fuhrgewerbe statt. Der Vorsitzende machte schließlich einen Vorschlag, wonach die Gruppierung wie bisher bestehen bleiben soll. Die Wochenlöhne der Chauffeure im Schwerfuhrwerksgewerbe ab 17. Januar von 67 auf 64 Mark und ab 1. April um weitere 3 Mark verkürzt werden sollen. Die Löhne der Chauffeure im Leichtfuhrwerksgewerbe sollten im gleichen Zeitraum von 61,50 auf 58,50 bzw. 57 Mark herabgesetzt werden. Den Kutschern im Schwerfuhrwerksgewerbe sollten die Löhne von 61,50 auf 58,50 bzw. 57 Mark, im Leichtfuhrwerksgewerbe von 54,50 auf 52,50 Mark und ab 1. April auf 50 Mark herabgesetzt werden.

Die Funktionäre des Fuhrgewerbes nehmen am Sonntag dazu Stellung; am Dienstag abend werden die Delegierten in einer Vollversammlung die Entscheidung fällen. Es muß damit gerechnet werden, daß dieser Vorschlag abgelehnt und der Streik beschlossen wird.

Die Fuhrherreninnung hat sich bemüht gefühlt, durch eine Lokalkorrespondenz der Presse eine Mitteilung zugehen zu lassen, die von Anfang bis Ende falsch ist. So wird da behauptet, daß die Wochenlöhne 72 Mark betragen. Weiter wird die Behauptung aufgestellt, die Fuhrpreise seien um fast 50 Prozent abgebaut worden.

Tatsache ist, daß der Richtpreis der Fuhrherreninnung von 37 Mark nicht geändert wurde, daß aber infolge der schlechten Wirtschaftslage der tatsächliche Ertrag einer Fuhr 28 bis 30 Mark beträgt.

Weiter behauptet die Fuhrherreninnung, sie hätte vorgeschlagen, die Löhne auf 10 bzw. 9 Mark pro Tag herabzusetzen. Tatsächlich ging ihr Vorschlag auf Herabsetzung der Löhne auf 7 bzw. 8 und 9 Mark pro Tag hinaus.

Zu dem Streik bei der Firma Biesegang in Reinickendorf behauptet die Fuhrherreninnung, daß es sich um einen wilden Streik handle, gibt aber dann zu, daß der Streik vom Gesamtverband sanktioniert worden ist. Obwohl die Innung der Firma mit Streikbrechern aushalt, mußte die Firma Biesegang den Betrieb schließen. Weiter behauptet die Fuhrherreninnung, der Vertreter des Gesamtverbandes John habe der Innung den Vorschlag gemacht, die Arbeit wieder zu dem jetzt allgemein gezahlten Lohn von 60 Mark aufzunehmen.

Diese Behauptung der Fuhrherreninnung ist eine nachweisbare Lüge. John hat den Vorsitzenden nur gefragt, ob er vermittelnd eingreifen wolle.

Schließlich erklärt die Fuhrherreninnung, der Vorschlag des

Gewerberats Körner gehe dahin, den Lohn von 72 auf 68 Mark und ab 1. April auf 65 Mark herabzusetzen. Wir haben die tatsächlichen Zahlen schon mitgeteilt. Wir kennen kein Beispiel, wonach eine Unternehmerorganisation den Vorschlag eines Schlichters in der Öffentlichkeit derart verfälscht.

Wenn die Fuhrherreninnung weiter behauptet, daß in allen Berliner maßgebenden Fuhrbetrieben mit den Betriebsvertretungen Vereinbarungen getroffen seien, die auch in allen Betrieben durchgeführt würden, wonach die Löhne 9 und 10 Mark betragen, so ist das eine nicht minder große Lüge, auf die die Beteiligten den Fuhrherren die entsprechende Antwort geben werden.

Lohnabbau in privaten Badeanstalten.

Ein Entwurf, der sich gewaschen hat

Der Verein der Badeanstaltsbesitzer hat dem Gesamtverband einen Vertragsentwurf zum Mantel- und Lohnzettel überreicht, der an Unverschämtheit nichts zu wünschen übrig läßt. Von 8 Stunden täglich, wie gesetzlich vorgeschrieben, will man die Arbeitszeit auf 9 bzw. 10 Stunden verlängern. Für eventuelle Ueberstunden Aufschlag in Prozenten zu zahlen, hält man nicht mehr für nötig. Den als Ausgleich für die Zeit nach Annahmeschluss für Badegäste gewährten Ruhetag will man auch nicht mehr geben.

Die Vorschrift, auf männlichen Abteilungen nur männliches und auf weiblichen Abteilungen nur weibliches Personal zu beschäftigen, soll beibehalten werden. Vielleicht wünscht man Angleichung an die Massageinstitute! Auch auf die Beschäftigung von beruflich ausgebildeten und praktisch geprüften Massagepersonal wird kein Wert gelegt. Das Personal erhält Urlaub nach einjähriger Beschäftigung sechs Arbeitstage, nach zweijähriger Beschäftigung neun Arbeitstage und nach dreijähriger Beschäftigung zwölf Arbeitstage. Die Bestimmung, daß jezt im Arbeitsvertragsentwurf

Die zwingende Vorschrift des früheren Tarifvertrages, Personalbedarf vom paritätischen Arbeitsnachweis anzufordern, gefällt den Herren nicht. Sie möchten ungeleitet, unter Tarif arbeitendes Personal beschäftigen, aber sich selbst Tariflöhne zahlen lassen. Den Lohnzettel abzubauen, der Stücklöhne und Garantielöhne vorsieht, ist die Hauptsache. 10 bis 20 Proz. Abbau der Stücklöhne für private Badegäste! In einer Position fordern sie sogar einen Abbau des Stücklohnes für Krankentaggäste um 33 1/2 Proz.! Der Garantielohn von

9 Proz. täglich in Dampf- und Schwimmbädern soll um 25 Proz., der in Bädernabteilungen um 35 Proz. gekürzt werden.

Die Krankenkassen, die Hauptarbeitgeber sind, müssen sich die Herren einmal näher ansehen. Der Gesamtverband wird in Zukunft die Tarifstreue besonders beachten. Auch den Rassen ist beratendes zu empfehlen. Die Bademeister und Masseure, restlos im Gesamtverband, sollten Gesundheitswesen, organisiert werden, den Anweisungen ihrer Organisation folgend, zu handeln wissen.

„Der Kampf bei Leiser geht weiter.“

Unter vorstehender Ueberschrift veröffentlicht die „Rote Fahne“ einen Artikel, in dem sie u. a. zwei Tatsachen — wenn auch möglichst vertuscht — mitteilt: 1. Daß die Streikenden unter Führung der kommunistischen Organisation den Abbruch des Streiks beschließen haben, und 2. daß 100 Streikende auf der Straße geblieben sind. Hundert Opfer der RPD!

Natürlich bemüht sich das Sowjetorgan, die Schuld für diesen Zusammenbruch den — freien Gewerkschaften zuzuschreiben. Ueber eine so laule Ausrede kann man nur mittelartig lächeln. Bei Leiser war die RPD in der erdrückenden Mehrheit. Die freien Gewerkschaften haben entweder ihren Mitgliedern empfohlen, sich rücksichtslos der Mehrheit zu fügen, oder sie haben sich völlig neutral verhalten. Erst als die Anhänger der RPD, hauptsächlich wieder in den Betrieb gelaufen waren und der Streik tatsächlich schon zusammengebrochen war, erklärten die freien Gewerkschaften, daß es für ihre Mitglieder einen Streik bei Leiser nicht mehr gebe.

Aber es kennzeichnet den Geist der Lüge der RPD, daß sie die Mitteilung von dem Abbruch des Kampfes unter der Ueberschrift bringt: „Der Kampf bei Leiser geht weiter.“

Heroischer Abwehrkampf.

Bohrtfabrikunterstützung für Bergarbeiter von Südwales.

London, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Die unter dem Vorsitz der Arbeiterregierung geführten Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern der Bergindustrie von Südwales und die Vermittlungsversuche im Weberkonflikt hatten bis Mittwochabend noch zu keiner Verständigung geführt.

Unter den Bergarbeitern von Südwales herrscht bitterste Not. Die meisten Familien entbehren der notwendigsten Nahrungsmittel. Die außergewöhnliche Kälte verschärft das große Elend. Um so bewundernswerter ist die Standhaftigkeit der Streikenden.

Die Landesarmenfürsorge von Südwales hat am Mittwoch nach längeren Verhandlungen eine Unterstützung der vom Streik betroffenen Personen und Familien beschlossen. Unverheiratete erhalten 15 Schilling in der Woche, Verheiratete je nach der Kinderzahl bis zu 38 Schilling.

Der Lohnabbau in der Metallindustrie.

Frankfurt a. M., 15. Januar. (Eigenbericht.)

Der Schlichtungsausschuss Offenbach a. M. fällt für die Offenbacher Metallindustrie einen Schiedsspruch, der ab 15. Januar 1931 den bisherigen Spitzenlohn von 89 auf 84 Pf. herabsetzt. Die Abkorde werden um 6 Proz. gekürzt. Der Zuschlag bei Festlegung der Akkordpreise beträgt 20 Proz., für die Gehehilfsarbeiter 30 bis 35 Proz. Die Reduzierung des Tariflohnes beträgt 8,7 Proz. Der Akkordzuschlag betrug bisher 20 bis 25 Proz. Die jetzige Festlegung ist eine bedeutende Verschlechterung.

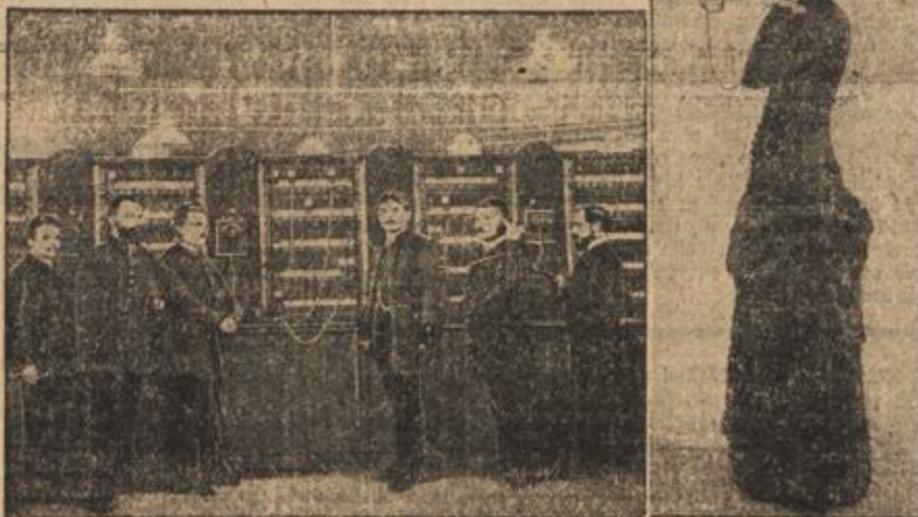
In dem Lohnstreik der thüringischen Metallindustrie hat der Reichsarbeitsminister den Schiedsspruch vom 18. Dezember 1930, der eine Senkung der Löhne um 6 Proz. vorsieht, für verbindlich erklärt.

Weiter für Berlin. Meist trübe mit leichten Niederschlägen und Temperaturanstieg bis wenig über Null, laue westliche Winde. — Für Deutschland. In Nord- und Mitteldeutschland von West nach Ost fortschreitendes Tauwetter, nur im Süden noch leichter Frost.

Verantwortl. für die Redaktion: Herbert Seipke, Berlin; Anzeigen: Ed. Glöde, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin G3 68, Lindenstraße 3, Bismarck-Platz.

50 Jahre Fernsprechart

Vor 50 Jahren wurde in Berlin in der Französischen Straße das erste öffentliche Fernsprechart Deutschlands errichtet. Sein Betrieb war, wie unser Bild zeigt, noch einfach im Vergleich zu den technischen Wunderwerken der Jetztzeit. Die Zahl der Teilnehmer betrug damals ganze 200, während sie sich heute in Berlin auf Hunderttausende beziffern dürfte. Rechts: Eine junge Berlinerin in der Tracht der achtziger Jahre, die eines der ersten Gesprächs führt.



Theater. Lichtspiele usw.

Donnerst., 18. 1. Staats-Oper Unter d. Linden 13A. A.-V. 20 Uhr Fürst Igor Ende n. 23 Uhr	Donnerst., 18. 1. Stadt. Oper Bismarckstr. Turnus 1 20 Uhr Resubstitut Don Pasquale Ende g. 22 1/2 Uhr
Staats-Oper am Platz der Reichsh. 11U. R.-S. 20 Uhr Der Barbier von Sevilla	Staatl. Schausp. (am Gendarmenmarkt) 117. A.-V. 20 Uhr Minna v. Barnhelm Ende g. 22 1/2 Uhr
Staatl. Schiller-Theater, Charlthg. 20 Uhr Der Traum ein Leben Ende 22 Uhr	

Volksbühne
Theater am Schlossplatz, 8 Uhr
Liliom
von Franz Molnar
Regie: Karl Heinz Martin

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr
Der Traum ein Leben

Theater am Schiffbauerdamm
Norden 3813 u. 0281
Täglich 8 1/2 Uhr
Die Quadratur des Kreises
Lustspiel v. Katajew
Regie: v. Wendt
Preis von 1—12 M.

Alle-Sänger
Kottbuser Str. 6
P. S. Oberb. 6070
Tägl. 8 1/2 Uhr
Sonntags um 3 1/2 Uhr
„Das macht uns kleiner nach“
aus Schiedl
Claire Waldoff
Bachm. ermäßigte Preise!

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
Tägl. 8 Uhr
Im weißen Rössl
Singspiel in vielen Bildern.
Cam. Spira, Hansen, Lieske, Wallburg, Arno, Jankuhn, Paul Hörbiger, Lena, Schaeffers, Winkelstern, Kolla, Deuhl, Stark-Gastettenbauer.
Original Tiroler Jodlerinnen-Quintett, Musik-Trio aus Schilfsee.
Jazz-Band / Girls u. Boys / Grosse Chöre.
Der Zeit entsprechend sind, trotz des riesigen Andranges, um 25% ermäßigt.
Sonntag 3 Uhr Originalbesetzung Nachmittags Billige Preise
Regie: Erik Charell

Deutsches Theater
8 Uhr
Elisabeth von England
von Ferd. Bruckner
Regie: Fritz Elfert

Barnowsky-Bühnen
Theater in der Strasonnstr.
Heute geschlossen.
Freitag, 16. Januar
Uraufführung
Amphitruon 38
von Giraudoux

SCALA
Tägl. 8 u. 8 1/2 Uhr — 8 3/4 Uhr, 8 50
Nachm. 80 Pf. bis 3 M., abends 1—6 M.
Besetzung v. Groll, Lina-Trio
Schneiders, Künzler, Herwig usw.

THEATER IM ADMIRALSPALAST
Tgl. 8 1/2, Tel.: Merkur 9001, 9077
Auf den Fleck
Sensationsstück aus Chicago Unterwelt von EDGAR WALLACE
Preis-Abbau
Preise der Plätze 0,75 bis 6.— M

Piscator-Bühne
(Wallner-Theater)
Alex. 4292-93
Heute 7 1/2 Uhr
Uraufführung
„Tai Yang erwacht“
von Friedrich Wolf
Regie: E. Piscator
Komische Oper
8 1/2 Uhr
Peppina
Operette von Robert Stolz

ROSE THEATER
Große Frankfurter Straße 132
U-Bahn: Strausberger Platz
Täglich 8.15 Uhr
Sonnabends 7 u. 10.15 U.
Sonntags 2.30, 5.45 u. 9 U.
„Die Dollarprinzessin“
Berliner Tageblatt schreibt: „Eine blühende, von Hans Rose geleitete Aufführung, in die auch der Verwöhnte gestrotzt hineingehen kann, denn die Rosas bieten etwas auf der Berliner Operettenbühne Seltenes: selbst geübte Ensemblekunst.“
Familien-Nachmittage
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, 5.30
„Zwangseinquartierung“
0.30 bis 1.50
Kaffeepause! Kaffee mit Kuchen 0.30 M.

Wintergarten
8 1/2 Uhr, Jani. 2015. Kassen erlöst.
Codon & Leitold / 5 Songs
5 Super's / Broker's
Bärenschau usw.

CASINO-THEATER
Lothringer Straße 57.
Neu! Neu!
Biederleute
und das neue Januarprogramm!
Für die Leser Gutschein 1—4 Personen
Fahrtzeit 1,25 M., Sessel 1,75 M.,
Sonstige Pr.: Parkett 75 Pf., Rang 60 Pf.

Rose-Theater
Hr. Frankfurter Str. 132
Tel. Alex. 3422 u. 3494
8.30 Uhr
Zwangseinquartierung
8.15 Uhr
Die Dollarprinzessin

Deutsches Künstler-Theat.
Barbarossa 3937.
8 1/2 Uhr
Zum goldenen Anker
mit Käthe Borsch
Nur noch wenige Vorstellungen
Sonntag, 17. Jan., 4 Uhr:
Emil u. die Detektive

essing-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Mamsell Nitouche
Operette von Heine
Erika v. Theisinger
Max Adalbert

Reichshallen-Theater
Abends 8, Sonntag Nachmittags 3.15 Uhr
Stettiner Sänger
„Fahrendes Volk“
ein Zirkusbild v. Maysel
Nachm. halbe Preise, volles Prog. I
Tel.: Zentrum 11263
Dönhoff-Brettel!
Das fabelhafte Januar-Programm!

URANIA
Morgen, Freitag, 15. Jan.
abends 8 1/2 Uhr
Im Langenb.-Tirchew-Raum, Latzstr. 58-59
Dr. phil. h. c.
von Abercron
Oberst a. D.
„Erdbeben und Erdbeben“
aus 543 Ballerinen
Vortrag mit Lichtbildern
Theater d. Westens
Täglich 8 1/2
Sonntag 2 1/2 u. 8 1/2
8 nationaler Operettenerfolge
Viktoria und ihr Husar
kleines Theat.
Täglich 8 1/2
Der gr. Lacherfolg
Der Mustergatte
Schwank in 3 Akten

Schlagwort und Schule

Ein Beitrag zur Frage staatsbürgerlicher Erziehung

In einer Zeit, in der Millionen von Volksgenossen infolge ihrer Verzweiflung den radikalen Parteien nachlaufen, in der es schwer ist, die ungeheuren und die ganze Welt berührenden Schwierigkeiten mit normalen Mitteln zu beheben, können Parolen und Schlagworte auf, die nur geprägt werden, um eine urteilsunfähige Anhängerschaft zu täuschen. In allen Gesprächen, bei allen Reden tauchen diese Worte auf, die uns Zeitungen und Anschlagkästen in großen Lettern entgegenfahren. Die dankbarsten Leser — und da liegt die Gefahr! — sind die Schüler und die Jugendlichen. Sie nehmen leizugleich mit diesen Ausrufen die erste politische Belehrung entgegen, die besonders gefährlich wird durch die Wirklichkeit der geltenden Staatsform, die viele Erwachsene in ihren Reden zeigen. Wenn auch diese Kinder und Jugendlichen nicht für eine bestimmte Partei gewonnen werden, so ist es doch gefährlich, daß sich diese daran gewöhnen müssen, daß die Republik eine Staatsform sei, über die man kämpft. Verfolgt dann noch die Schule dadurch, daß sie es verläumt, die großen Wiederaufbauleistungen und die freie Form des neuen Staates herauszustellen, dann hat man die Jugendlichen vorbereitet, von Nazifreien und Moskaujüngern sich die Ideale zu holen. Die Erkenntnis dieser Auswirkungen soll uns überzeugen, daß Elternhaus und Schule hier mehr als bisher eingreifen müssen.

Aber wie? Eine gewiß berechtigte Frage. Die größte Schwierigkeit bietet die Volksschule, weil sie die Kinder in einem Lebensalter entläßt, in dem der junge Mensch erst anfängt, staatsbürgerliche Probleme zu begreifen. Für die Nüchternheit der Staatsform ist er dagegen schon viel früher empfänglich. Gerade wir Sozialdemokraten lehnen ja die Parteipolitik in der Schule ab, fordern aber eine entscheidende Erziehung im sozialen, demokratischen und republikanischen Geist. Nicht durch Belehrungen können wir für den Staat begeistern, sondern durch Tatsachen, welche die Kinder erleben müssen. Nur gibt es unter unseren Volksschülern auch politische frühreife Kinder, die unbedingt eine Aussprache über die aufgenommenen Schlagworte wünschen. Nehmen Vater und Lehrer diese Aussprache mit der Begründung ab: „Das versteht du noch nicht“, so sucht der Junge an anderer Stelle Aufklärung.

Unsere Aufgabe ist es daher, in der modernen Schule und in der modernen Familie solchen Problemen nicht aus dem Wege zu gehen, sondern ihre Erörterung gern herbeizuführen. Auch in der Volksschule bietet sich in den oberen Klassen die Möglichkeit zum erfolgreichen Unterrichtsgespräch in dieser Hinsicht. Gibt es denn für die meisten Berliner Schulen ein Erlebnisgebiet, das dem Bedürfnis der Schülergruppe mehr entspricht als die Arbeitslosigkeit? Mit Leichtigkeit kann dies Problem nach allen Fächern hin ausgewertet werden. Und mit dem sozialen Versicherungswesen ist es nicht anders. Schon Zwölfjährige lassen sich langsam und vorsichtig zu der Erkenntnis führen, daß alle Völker der Erde wirtschaftlich so stark miteinander verbunden sind, daß jeder Krieg Wahnsinn wäre. Zahlreiche Beispiele und Arbeiten in der verschiedensten Form müssen natürlich in solchem Maße die eigentliche Arbeit vorbereiten, aber schnell wird erkannt, daß ein Väter, der alle Menschen in seiner Straße haßt, ihnen doch Arbeit wünschen muß, wenn er nicht selbst verhungern will. Da schimpft jemand auf der Straße, daß es ein Beschreien sei, Sponten Apfelsinen abzukaufen. Ein aufgewecktes Mädchen stellt diese Frage im Unterricht zur Debatte, und bald erkennt die Klasse den Unsinn einer übermäßigen Belohnung neumerkantlicher Bestrebungen. Wiederum heißt die Erkenntnis ganz einfach: „Wenn wir keine Apfelsinen kaufen, dann nimmt Spanien nicht unsere Maschinen.“ Ein anderes Mädchen erwähnt bei einer anderer Gelegenheit, daß die Nationalsozialisten über den Young-Plan schimpfen, an dem die Republik schuld sei. Auch hier ist beste Gelegenheit, schon Volksschüler die Berechtigung der offiziellen deutschen Verständigungspolitik erkennen zu lassen. Man bitte sich aber, die Erkenntnisse zu geben, anstatt sie von den Schülern finden zu lassen. Wenn der Lehrer oder der Vater den Kindern die einzelnen Leistungen aufzählt, dann braucht er nur noch zu sagen: „Entscheidet, was ihr getan hättet.“ Schon der Geist eines Kindes muß ja erkennen, daß der Deutsche lächerlich handeln würde, der nicht immer den Vertrag mit der geringeren Leistung wählt. Finden unsere Kinder und Jugendlichen aber selbst solche staatsbürgerlichen Erkenntnisse, dann mag sich noch ein Teil aus dem Geltungsdrang der Jugend heraus am Reden der radikalen Parteien bereichern, für das Gros aber wird das politische Schlagwort zur läugerischen Selsenblase, die schnell zerplatzt. Auch in der Politik haben Vügen kurze Beine.

Natürlich kommen die Jugendlichen oft auch mit den berühmten Patentlösungen, über die Sowjetern und Hakenkreuzer ja verfügen. Auch dabei lasse man die Jugendlichen sich selbst aussprechen, wobei Vater und Lehrer sich nicht völlig ausfallen dürfen. Alle diese Gespräche dürfen nicht zur Wichtigkeit einzelner Schüler führen, die dann bald jedes Augenmoß verlieren. Solche Diskussionskurse sollten in jeder Schule unmöglich sein, weil sie tatsächlich nur den radikalen Parteien dadurch nützen, daß Konzepte für sie ausgebildet werden. Jugendliche, die durch ihre Meinung andere terrorisieren dürfen, werden für das ganze Leben verdorben, weil sie nie mehr eine andere Meinung anerkennen.

Gefährlich ist dagegen die Art, wie einer unserer höchsten Schulaufsichts- und Verwaltungsbearbeiter, ein oft genannter Genosse, sich nach der Septemberwahl mit Fortbildungsschülern in einem proletarischen Gebiet über die wahrheitsgemäße Regierungsbildung und die geforderte Zerreißung des Versailles Vertrages unterhielt. Er behielt die Leitung des Gesprächs stets in der Hand und die (hier schon politisch bestimmt orientierten) Jugendlichen mußten durch ihr eigenes Gespräch den Unsinn manches Schlagwortes erkennen, weil der Genosse ihnen zunächst immer die Möglichkeit bot, die Auswirkung ihrer Forderung oder Behauptung zu erkennen. Durch die Tatsache, daß die uns bekämpfenden Parteien immer wieder verlockende Ziele aufstellen, dann sich aber weigern, den dornenvollen Weg dahin zu zeigen, ist es ihnen möglich, politisch unerfahrene Dummie einzufangen. Daher werden sich ja viele enttäuscht ab, wenn sie längere Zeit den Unsinn mitgemacht haben.

Wie dahin wollen wir aber auch in der Schule und der Familie für unsere Sache kämpfen, indem wir die Kinder und Jugendlichen die Höchlichkeit des Schlagwortes erkennen lassen. Wo aber Lehrer obachtlich verfahren, da ist es Aufgabe der Schulaufsichtsbeamten, ein Aenderung herbeizuführen. Sie mögen der Klasse ein Problem stellen und werden dann bald erkennen, ob der Lehrer seine Pflicht tut oder nicht. Die Republik kann nur Lehrer gebrauchen, die den staatsbürgerlichen Unterricht nicht mit verschwommenen Redensarten, sondern mit wirklichen Ereignissen ausfüllen.

Ernst Schulz.

Die „Katholische Volkshochschule“

Anregungen für unsere Bildungsarbeit

Was will die Arbeiterbildungsschule? Sie will dem sozialistischen Volksteil Berlins die Möglichkeit der Weiterbildung auf dem Boden einer festen sozialistischen Weltanschauung bieten, will eine Bildungseinrichtung eigener Atmosphäre, eine Institution, die eine unserer Lebensauffassung gemäße Prägung trägt, sein.“ Von dieser Formulierung der Ziele der Arbeiterbildungsschule darf man wohl bei der Beurteilung ihrer Tätigkeit ausgehen.

Nun habe ich das Zitat etwas gefälscht. An Stelle der unterstrichenen Worte stehen in Original andere: es wird nicht von dem sozialistischen, sondern von dem katholischen Volksteil Berlins und katholischer Weltanschauung gesprochen. Die zitierten Sätze beziehen sich auf die „Katholische Volkshochschule Berlin“, die 1922 von Dr. Karl Sonnenschein gegründet wurde. Ich zitiere auch die Fortsetzung:

„Ihr Ziel ist: der gesamte, leistungsfähige, weltanschaulich gebildete Mensch, der sich hineinfinden läßt in Recht und Wirtschaft, in Volk und Staat, in Kunst und Leben, in Religion und Philosophie, um innerlich reifer und weiter zu werden, um mehr zu wissen, um so anderen und der Gemeinschaft mehr sein zu können.“

Wie die katholische Kirche bestrebt ist, den ganzen Menschen und nicht bloß bestimmte Formen der menschlichen Tätigkeit zu erfassen, so stellt sich auch die „Katholische Volkshochschule Berlin“ die Bildung des ganzen Menschen zur Aufgabe. Da ich die Praxis der „Katholischen Volkshochschule“ nicht kenne, kann ich auch nicht beurteilen, mit welchem Erfolg und in welchem Maße diese Aufgabe gelöst wird. Aus den Arbeitsplänen der Schule gewinnt man aber den Eindruck, daß wenigstens ernsthaft versucht wird, das Programm der Arbeit mit den oben formulierten Aufgaben entsprechend zu gestalten. Von dem Erfolg bei den Teilnehmern zeugt die nachfolgende Statistik:

Gesamtzahl der Teilnehmer in den Geschäftsjahren

1925/26 (2 Trimester)	1457
1926/27 (3 Trimester)	3929
1927/28 (3 Trimester)	7388
1928/29 (3 Trimester)	9854
1929/30 (3 Trimester)	11 716

Es ist nicht überflüssig zu bemerken, daß die „Katholische Volkshochschule Berlin“ keine ausgiebig subventionierte Einrichtung ist: sie ist vielmehr gezwungen, mit Not und Mühe die Mittel zu sammeln, um ihren außerordentlich sparsamen Etat zu decken (die Unterhaltung der Geschäftsstelle kostet z. B. 7000 Mark jährlich).

Ich will nicht die „Katholische Volkshochschule“ als in jeder Hinsicht nachahmenswertes Vorbild für unsere Bildungsarbeit darstellen. Die Aufgaben sind zum Teil auch gänzlich unvergleichbar. Die „Katholische Volkshochschule“ veranstaltet z. B. eine Reihe von Kursen, die ins Gebiet der Berufslehre (Buchführung, Kurzschrift, Schreibmaschinentechnik, Sprachlehre, Schneiderturke) oder Sportkurse, die bei uns zum Tätigkeitsfeld der Arbeiterparteiorganisationen gehören. Was auf anderer Seite die allgemeine Bildung anbelangt, so ist die „Katholische Volkshochschule“ zwar eine ausgesprochene Weltanschauungsschule, will aber parteipolitisch neutral bleiben, während unsere Bildungsarbeit zugleich eine ausgesprochene Parteiarbeit ist. Trotzdem kann meines Erachtens die Bekanntheit mit der Arbeit der „Katholischen Volkshochschule“ für die Genossen, die in unserer Bildungsarbeit tätig sind, sehr lehrreich sein.

Allen anderen voran: unsere Arbeiterbildungsschule muß sich nach meinem Dafürhalten in einem viel stärkeren Maße, als es jetzt der Fall ist, an den ganzen Menschen richten. Will sie wirklich aktuell sein, so heißt das nicht nur — was ohne Zweifel unentbehrlich und außerordentlich wichtig ist —, die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Fragen zum Gegenstand des Unterrichts zu machen, sondern auch alles, was in der Gegenwart erlitten wird, klärend und bildend durcharbeiten zu lassen. Ich finde z. B. in einem Arbeitsplan der „Katholischen Volkshochschule“ folgende naturkundlichen Wanderungen: „Die schlafende Natur“ im Januar, „Die vorbereitende Natur“ in der zweiten Februarhälfte und „Die erwachende Natur“ Ende März. Das ist eine klärende und vertiefende Form einer auch für die Hörer unserer Arbeiterbildungsschule allgemein üblichen Betätigung. Für uns

täme namentlich solche Klärung und Vertiefung der Wanderungsergebnisse unter den sozialen und kulturellen Gesichtspunkten in Frage.

Oder in einem anderen Arbeitsplan: „Kursus für Laienspielführer“ (3 Abende, Hörgeld 1,50 Mark). Am 11. Januar habe ich einer Veranstaltung der Arbeiterjugend Neufuß, nämlich der von der Jugend selbst kollektiv geschaffenen und in Szene gesetzten „Revue 1930“ beigewohnt. Das war eine außergewöhnlich gut geglückte Veranstaltung, voll Leben und Geist, mit reizenden Einfällen und feinem politischen Witz. Ein Erlebnis für die Teilnehmer selbst und für die Zuschauer. Praktische Ansätze, die der Weiterentwicklung und der Verwirklichung wert sind. Die Teilnehmer sehen selbst ein, daß zu solchen Veranstaltungen auch eine gewisse Technik gehört, die geübt werden muß (die natürliche Technik war übrigens zum Teil direkt blühend). Wo ist der Bedarf für einen „Kursus für Laienspielführer“ auch bei uns vorhanden?

Eine weitere Frage: ist die Kunst in ihren verschiedenen Formen nicht aktuell? Kann sie nicht zu einem wesentlichen Bestandteil der Bildung des ganzen Menschen werden? Die „Katholische Volkshochschule“ veranstaltet nicht nur Kurse und einzelne Vorträge über verschiedene Kunstfragen, sondern auch z. B. die Beteiligung von Meilern der katholischen Künstler oder gemeinsamen Opernbefuch, dem Vorträge über die zu hörende Oper mit Schallplattenvorführung als Vorbereitung vorangehen. Und aus einem ganz anderen Gebiet: Führungen durch die Berliner Börse, durch die Preussische Staatsbibliothek (Laboratorium des Wissens) usw.

Die „Katholische Volkshochschule“ veranstaltet in jedem oder fast in jedem Trimester einige Vorträge über Berliner Themen, z. B. im laufenden Trimester: „Berliner Typen und Originale“, „Königlicher Hof zur Westbahn“ und „Schönes, altes Berlin“. Wir würden, glaube ich, solche „Berliner“ Vorträge etwas anders machen müssen. Ist es aber nicht eine dankbare und zugleich auch praktisch sehr wichtige Aufgabe, unseren Berliner Genossen die Eigenart ihrer gewaltigen, so unendlich interessanten und in ihrem Leben komplizierten Stadt bewußt werden zu lassen? Daher entsteht für uns nach einer Anregung, die sehr fruchtbar werden kann. In ihrem Arbeitsplan hat die „Katholische Volkshochschule“ eine für sie zweifelsohne außerordentlich wichtige Abteilung „Religiöse Wissenschaften“. Ihrer Bedeutung für die weltanschauliche Bildung nach würde bei uns dieser Abteilung die Abteilung „Sozialismus und Arbeiterbewegung“ entsprechen. Wie wäre es, wenn wir nicht nur Kurse über die Parteigeschichte oder die Geschichte der Arbeiterbewegung überhaupt, sondern auch Kurse über die Parteigeschichte in Berlin und über die Arbeiterbewegung in Berlin veranstalten?

Wir müssen aber noch weiter gehen. Ich denke daran, daß auch in einzelnen Kreisen die soziologische Struktur des Kreises, insbesondere der Charakter seiner proletarischen Bevölkerung und dann die besonderen Aufgaben unserer Arbeit in diesem Kreise untersucht und durchgesprochen werden. Jeder weiß doch, daß die Partei in Berlin ihre besondere Geschichte hat, die bis jetzt dem Berliner Parteileben sein besonderes Gepräge gibt. Die Partei steht in Berlin vor manchen ganz besonderen und außerordentlich schwierigen Aufgaben, die auch in verschiedenen Kreisen zum Teil wenigstens sehr verschieden sind. Es scheint mir unbedingt notwendig, daß unsere Bildungsarbeit in Berlin auch der Lösung unserer Berliner Aufgaben dient. Ich überlasse die Schwierigkeiten nicht: man muß erst die Geschichte und die Gegenwart der Arbeiterbewegung in Berlin erforschen. Das muß aber geschehen, und die Teilaufgaben auf diesem Gebiet können im Rahmen der Arbeiterbildungsschule gelöst werden.

Das sind nur einige Anregungen, deren noch viele zu machen wären. Woran es mir vor allem liegt, ist dies: ich möchte, daß wir in unserer Bildungsarbeit den Begriff und dementsprechend die Zielsetzung der Bildung viel weiter fassen, und daß unsere Bildungsarbeit zugleich nicht nur in bezug auf die Erlösung der laufenden politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch in dem oben angegebenen Sinne aktualisiert wird.

Georg Decker.

Rundfunk für Arbeitslose

Neue Bildungsmöglichkeiten

Die Deutsche Welle, die am 7. Januar das fünfjährige Jubiläum beging, hat stets die ernste pädagogische Arbeit als ihre wichtigste Aufgabe bezeichnet. Schon diese Zielsetzung müßte die Arbeitslosen veranlassen, ihre Aufmerksamkeit den Darbietungen des Deutschlandsenders zuzuwenden. Dort, wo der Mangel an Mitteln es vorläufig verhindert, allen Arbeitslosen Bildungsmöglichkeiten in dem Umfang zu eröffnen, in dem es wünschenswert wäre, geben die Vorträge der Deutschen Welle Gelegenheit zur Selbsthilfe. Man versammle sich im Hause eines Freundes, der einen Lautsprecher besitzt — oder in Vereinstäumen, die mit Empfangsapparaten ausgestattet sind — und höre gemeinsam die Darbietungen an. Gemeinsamer Empfang ist durchaus vorzuziehen, da er Gelegenheit bietet, die durch den Vortrag usw. angeregten Fragen in einer Aussprache zu vertiefen und weiterzuführen. Gelingt es, einen Sachverständigen als Leiter hinzuzuziehen, so vermag die Rundfunkdarbietung bis zu einem gewissen Grade eigen Kursusabend zu ergeben.

Allerdings verlangt das schärfste Selbstdisziplin. Die größte Gefahr für ernsthafte Weiterbildung ist wohllose Selbstkreisel. Man beschränke sich auf einen klar umgrenzten Themenkreis wie Volkswirtschaft oder Politik. Es ist besser, ein bis zwei Vorträge in der Woche aufmerksam zu hören und zu besprechen, als sich stundenlang den Kopf durch die verschiedensten Dinge verwirren zu lassen. Man bringe — soweit das Programm es erlaubt — in das Hören System. Man trenne den Empfang der pädagogischen Darbietungen der Deutschen Welle auch im Bewußtsein klar von der durch den Rundfunk ermöglichten Unterhaltung oder Zerstreuung. Auch diese Trennung wird der Gemeinschaftsempfang stark unterstützen.

Die Forderung nach systematischem Hören kann nur erfüllt werden bei systematischer Ausgestaltung des Sendeprogramms. Ist sich die Deutsche Welle der ungeheuren Mission bewußt, die sie gerade in Zeiten der Arbeitslosigkeit zu erfüllen hat, so wird sie mit ernster Prüfung an die Programmgestaltung gehen. Wirt man auf ihre Darbietungen in den letzten fünf Jahren einen Blick, so ist der Wille, namentlich auf den die Arbeiter eingehenden Gebieten, zu einer gewissen Systematik zu kommen, nicht zu verkennen. Der Technische Punkt gab Lehrgänge, welche es interessierten Hörern ermöglichten, unter Benutzung der dazu herausgegebenen Hilfsmittel, sich täglich weiterzubilden. Sehr reichhaltig war das Programm auf dem Gebiet der Volkswirtschaft; bei vorsichtiger Auswahl konnte der Arbeiter für seine Weiterbildung mancherlei finden, wenn auch zusammenhängende Reihen nicht so sehr hervortraten, wie es für die intensive Durcharbeitung in Hörergemeinschaften nötig gewesen wäre. Die politischen Themen waren, namentlich in der letzten Zeit, erfreulicherweise vielfach stärker in inneren Zusammenhang gebracht. Der aufmerksame Hörer konnte an Kursen über das Weimarer Nachbarland, über europäische Staatsmänner, über die Aufgaben des Völkerverbundes, über die Jugend im Ausland usw. teilnehmen. Ein Arbeiterfunk, dessen Programm unter Mitwirkung der Vertreter der Arbeiterklasse zustande kam, woude sich mit seinen Veranstaltungen den Lebensfragen der Arbeiterklasse zu. Eine Reihe von Vorträgen, die sich um den Generalanwerber „Gegenwartige Fragen“ gruppieren — und viele Zwischengespräche unter dem Oberbegriff „Gedanken zur Zeit“ dienen seit 1929 der Diskussion aktueller Probleme.

Es ist noch nicht alles vollendet, die Ansätze aber zeigen, daß es, wenn sich die Deutsche Welle auf dem eingeschlagenen Weg weiter fortzuschreiten bemüht, durchaus möglich sein wird, mit Hilfe des Rundfunks den Arbeitern, insbesondere den Unbeschäftigten unter ihnen, Gelegenheit zur Fortbildung zu geben.

Viktor Engelhardt.

